

29. / 11. 1918.

29/11

188

Das kommende Groß-Berlin.

Zusammenschluß und Gliederung.

Berlin, die Hauptstadt der deutschen Republik, wie es bisher die erste Stadt des deutschen Kaiserreiches war, steht ohne Zweifel an der Schwelle einer neuen Entwicklung, der Entwicklung zur organischen Einheit. Bisher stemmte sich dem Fortschritt das Durcheinander der Zielzuvielen entgegen: Charlottenburg, Neuland, Schöneberg, Dichtenberg, Wilmersdorf, ferner Steglitz, Friedenau, Lichterfelde, Weißensee, Panlow, Friedrichsfelde, Tempelhoof und andere — sie konnten zusammen nicht kommen, das Wasser war viel zu tief. Aber nun ist es zugeschüttet, und die ablehnende Haltung der Staatsregierung, die aus Furcht vor den schwer lenkbaren Großstädten und Abneigung gegen sie eingegeben war, gehört der Vergangenheit an.

Seit dem Scheitern ihres Eingemeindungsplanes von 1891 zeigte die Regierung allen Wünschen auf Zusammenschluß taube Ohren, da sie nur bei einer verewigten Teilung die unbescheidenen Massen beherrschen zu können glaubte. Aus dieser Gesinnung wurde 1910 der Zweckverband geboden, der der ländlichen Umgebung Berlins ein starkes Einflußrecht sicherte und das gemeinsame Handeln auf den Bahnverkehr (mit Ausnahme des staatlichen), die Bebauungspläne und die Erhaltung der Freilächen beschränkte; daß seine Mitglieder von den Gemeinden, nicht von der Bevölkerung gewählt wurden, verbürgte eine gewisse Sachverständigkeit, verminderte jedoch auf der anderen Seite seine Bedeutung für die politische Fortentwicklung Groß-Berlins, umso mehr, als Berlin selbst nur durch eine Minderheit der Stimmen vertreten war.

Auf zahllosen Gebieten war die Zerspitterung verhängnisvoll, von der Unterbietung in den Steuern bis zur Lebenswittelverteilung im Kriege. Die Polizei gliederte sich in ein Berliner Präsidium für Groß-Berlin und Präsidien von Charlottenburg, Neuland, Dichtenberg und Schöneberg-Wilmersdorf gemeinsam; außer dieser königlichen Polizei und der königlichen Gendarmerie in den Landorten gab es Polizeidirektionen in den kleineren Vororten und eine städtische Fachpolizei in Berlin selbst. Die Feuerwehr war in Berlin königlich, in den Vororten gab es städtische Berufs- sowie freiwillige und Pflicht-Wehren. Amtsgerichte gab es in zahlreichen großen und kleineren Gemeinden, einzelne, wie die Großstadt Wilmersdorf, hatten keine. Ähnlich widerspruchsvoll war die Verteilung der Rettungswachen, Krankenhäuser, Badeanstalten, Volksbüchereien, Sparsassen, Fundämter, zum Teil sogar der Schulen geregelt. Die Versorgung mit Gas, Wasser und elektrischem Strom hätte für eine Einheitsgemeinde weit besser und billiger durchgeführt werden können. Ein Schul- und Armenlasten-Ausgleich war längst notwendig, wenn auch nicht einer unter Ausschluß Berlins, wie ihn die Regierung schließlich herbeigeführt hat; der Grundsatz: „Jeder trage seine Kosten“ wurde zur Unmöglichkeit in einem Kroße von Gemeinden, in denen es neben den Millionärsniedelungen reine Arbeiterorte gab. Auch der Verkehr, der von königlichen, städtischen, Kreis- und Privatbahnen bedient wurde, hätte längst seine einheitliche technische und geistige Leitung haben müssen.

Völlig unentbehrlich wird die strengste Zusammenfassung der Groß-Berliner Gemeinden aber für die Zukunftsaufgaben. Ein grundlegendes Werk der Arbeits- und Wohnungsbeschaffung kann nicht in einem Kranz von Ortschaften durchgeführt werden, in denen jede das Gewicht ihres eigenen Wunsches und Ehrgeizes in die Waagschale zu werfen hat. Für den Wiederaufbau ist der feste Zusammenschluß zu einer Einheitsgemeinde — mag er nun durch eine vollständige Eingemeindung oder auf anderem Wege herbeigeführt werden — nicht zu umgehen — ein Zusammenschluß freiwillig, der die schöpferischen Kräfte und Personen der Einzelgemeinden der Gesamtheit fruchtbar zu machen hat. Eine Vereinheitlichung, die die Berliner Körperschaften einfach für die Vororte mit bestimmen ließe, wäre ein Rückschritt, da er die besten Köpfe der Vororte ausschaltete und der Hauptstelle in Berlin nur einen

noch schwerfälligeren und noch weniger übersehbaren Organismus unterstellte.

Um diese große Gefahr zu überwinden, muß sich dem Zusammenschluß eine weitgehende Gliederung und Verästelung zugesellen, die Dezentralisation zur Zentralisation. Man wird durchaus prüfen müssen, ob man im Falle einer Eingemeindung an die Stelle der einzelnen Stadtverordneten nicht Bezirks-Versammlungen treten lassen soll, die zusammen mit ihren heutigen Vorläufern, den Bezirksvorstehern, Schiedsmännern, Schul-, Armen-, Waisen- und Brot-Kommissionen, Gas- und Wasserinspektionen, Polizeirevieren und den Standesämtern zu Bezirksämtern auszubauen wären und die unterste Einheit des Verwaltungskörpers darzustellen hätten — allerdings wäre eine gewisse Gleichmäßigkeit im Umfang der Bezirke unumgänglich. Ueber diesen Bezirksämtern hätten sich dann der Gesamtmagistrat und die Gesamt-Stadtverordnetenversammlung aufzubauen, für die eine breite demokratische Wahlrechtsgrundlage ja schon in naher Zeit geschaffen werden dürfte.

Das gleiche, geheime, Avelte Gemeindevahlrecht für Männer und Frauen schließt zugleich die selbstverständliche Tatsache ein, daß die Stadtverwaltung auch in Zukunft gemeinsame Aufgabe der Bürger, Arbeiter, die ja ebenfalls Bürger sind, und dazu bestellten Beamten bleiben muß — ein Versuch, eine der Gruppen von der Verwaltungsmaschine fernzuhalten, müßte die schwerste Störung ihres Ganges zur Folge haben. Vom ruhigen und erfolgreichen Arbeiten des Gemeinwesens hängt aber das Schicksal der Millionen in der nächsten Zeit ab: gilt es doch, den Massen außer Arbeit und Wohnung auch die Ernährung zu sichern. Das hat einheitlich und tatkräftig für den Gesamtorganismus, der doch eine Einheit ist, zu geschehen, ohne Rücksicht auf die Einzelbestrebungen der örtlichen Behörden, auch der örtlichen A- und S-Räte. Anläufe zum Zusammenhluß sind seit langem vorhanden: Bürgerausschuß und Vorortgemeinschaft, die Vereinigung der Handelskammern, die Eingemeindung Dichtenberg-Friedrichsfelde-Karlshorst, die Bildung des Lebensmittel-Verbandes usw. Wenn die Revolution durch Befestigung der Hemmnisse zum Siege des Groß-Berliner Einheitsgedankens führen würde, wäre ihr ein bedeutungsvolles Verdienst zuzusprechen.

My.